



Brüssel, den 6. Juli 2017
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0448 (NLE)**

11024/17
ADD 1

ENV 668
ENER 318
IND 183
TRANS 313
ENT 167
SAN 286

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Vordok.: 7997/1/17 ENV 336 ENER 131 IND 80 TRANS 138 ENT 93 SAN 139 REV 1 + REV 1 ADD 1
Nr. Komm.dok.: 18165/13 ENV 1234 ENER 599 IND 387 TRANS 692 ENT 355 SAN 553 - COM(2013) 917 final + ADD 1

Betr.: Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Annahme der Änderung des Protokolls von 1999 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon
- Annahme

Erklärung Dänemarks

Grenzüberschreitende Luftverunreinigung ist ein Problem, das uns alle betrifft und große sozioökonomische Folgen hat. Die Verringerung der Luftverunreinigung war in den letzten 40 Jahren ein wichtiger Schwerpunkt der dänischen Politik. Dänemark setzt sich uneingeschränkt für die Verbesserung der Luftqualität in der Europäischen Union ein und unterstützt in diesem Kontext das mit dem überarbeiteten Göteborg-Protokoll verfolgte Ziel.

Der dänische Agrarsektor unterliegt sehr umfassenden nationalen Umweltvorschriften, die unter anderem den Einsatz fortschrittlicher Technologien vorsehen. Dänemark hat schon früh wichtige Bemühungen zur Verringerung der Ammoniakemissionen des Agrarsektors eingeleitet.

Darüber hinaus galten in Dänemark jahrelang höhere Anforderungen an die Verringerung der Ammoniakemissionen als in vielen anderen Mitgliedstaaten. Die dänische Landwirtschaft hat daher ihre Emissionen über Jahre stärker reduziert als andere Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund ist Dänemark der Ansicht, dass das für Dänemark im Göteborg-Protokoll vorgesehene Reduktionsziel für Ammoniakemissionen – 24 % bis 2020 gegenüber 2005 – äußerst ungerecht ist. Dänemark muss seine Ammoniakemissionen im Vergleich zu seinen Nachbarn unverhältnismäßig stark reduzieren. Daher hat Dänemark im Jahr 2016 gegen die Annahme der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen, die dieselben Reduktionsziele enthält, gestimmt.

Dänemark ist der Ansicht, dass die Ratifizierung von Protokollen und Übereinkommen durch die EU auf einer fairen Lastenverteilung in der EU beruhen sollte. Dies ist bei den Reduktionszielen speziell für Ammoniakemissionen nicht der Fall.

Daher wird Dänemark gegen den Beschluss des Rates zur Annahme – im Namen der Europäischen Union – des geänderten Göteborg-Protokolls stimmen.

Dänemark beabsichtigt aber, die Ziele der EU in diesem Bereich weiterhin zu unterstützen, und wird daher das Protokoll im Namen Dänemarks annehmen.